

Bezugspreise

für Österreich-Ungarn
ganzjährig K 4.—
halbjährig K 2.—

für Amerika:
ganzjährig D. 1.25

für das übrige Ausland
ganzjährig K 5.20

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Gottscheer Bote.

Erscheint mit einer illustrierten Beilage „Wandermappe“ am 4. und 19.
eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die **Verwaltung des Gottscheer Boten** in Gottschee, Hauptplatz Nr. 87.
Berichte sind zu senden an die **Schriftleitung des Gottscheer Boten** in Gottschee.

Anzeigen (Inserate)

werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Die „Wandermappe“ ist
nur als Beilage des Gott-
scheer Boten erhältlich.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Verklebistelle: Schul-
gasse Nr. 75.

Nr. 7.

Gottschee, am 4. April 1909.

Jahrgang VI.

Nottschlachtungen.

Infolge des herrschenden großen Futtermangels sieht sich jetzt mancher Landwirt gezwungen, einzelne Stück Vieh vorzeitig selbst zu schlachten, weil ihm der Fleischhauer für sein abgemagertes Vieh zu wenig bietet. Damit der in dieser Notlage befindliche Bauer nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen in Konflikt und hiedurch zu Schaden kommt, empfiehlt es sich, für derlei Nottschlachtungen immer vorher die Erlaubnis der Behörde (Bezirkshauptmannschaft) einzuholen, zumal das Gesetz, je nach dem Ermessen der Behörde, milder oder strenger gehandhabt werden kann. Im niederösterreichischen „Bauernbündler“ äußert sich über diese Frage Dr. August Fuhrmann wie folgt:

Der Bauer, der seine Produkte verkauft, braucht dazu keinen Gewerbechein; die Landwirtschaft ist ja von der Gewerbeordnung ausgenommen. Es steht auch nirgends im Gesetz, daß der Bauer seine Produkte nur im großen oder als ganzes verkaufen darf. Wie er seine Milch literweise verkaufen kann, oder seine Butter nach dem Kilogramm, darf er auch das Fleisch seiner Küder in Stücken verkaufen. Es steht auch nirgends im Gesetz, daß er es nur dem Fleischhauer verkaufen darf. Die Verzehrungssteuer muß er allerdings bezahlen, wenn er Fleisch verkauft, ebenso muß in jedem Falle die Fleischbeschau stattfinden, weil das eine allgemeine veterinärpolizeiliche Vorschrift ist.

Soweit wäre alles gut, nun kommt aber der Haken. Der Bauer darf seine Produkte frei verkaufen; es müssen aber wirklich seine Produkte sein. Also, wenn z. B. seine Kuh kalbt, darf er das

Kalb im ganzen, oder in großen Stücken, etwa in Vierteln, verkaufen; ebenso wenn er Ochsen gemästet hat, denn der von ihm gemästete Ochse ist sein Produkt. Ebenso, wenn er wegen der Knochenbrüchigkeit oder aus sonst einem Grunde ein Tier nottschlachten muß; denn das ist eine Ausnahme und kein Gewerbebetrieb. Etwas anderes aber ist es, wenn ein Bauer etwa ein Kind eigens nur zur Schlachtung ankauft und das Fleisch weiter verkauft; denn dann verkauft er nicht sein Produkt, sondern fremdes, von ihm erst eingehandeltes Vieh und das ist Sache des Fleischhauers; ebenso, wenn er das Fleisch seiner eigenen Tiere nicht in großen Stücken, sondern bantmäßig zerteilt verkauft, nach Qualitäten, wie sie der Fleischhauer hat; auch das ist Sache des Fleischhauers.

Will sich also ein Bauer, der genötigt ist, Vieh selbst zu schlagen, vor Schaden und Strafe bewahren, so möge er folgendes beachten: Vieh einkaufen, schlagen und das Fleisch an Kunden weiter verkaufen, darf er nicht. Wenn er ein Stück eigenes Vieh nottschlachten muß und der Fleischhauer ihm nicht genug dafür gibt, so kann er das Fleisch auch selbst verkaufen, aber nur in größeren Stücken, also etwa in Vierteln oder Achteln oder in Stücken mit 5 Kilogramm, und nur ausnahmsweise, wenn wirklich eine Notwendigkeit zur Schlachtung vorliegt. Denn sonst kommt er in Verdacht, das Vieh eigens zur Schlachtung anzukaufen, und dann kann er sich schwer von diesem Verdacht reinigen. Die Verzehrungssteuer muß er bezahlen, ebenso die Fleischbeschau vornehmen lassen. Wenn mehrere Bauern zusammengehen und für ihren eigenen Bedarf ein Stück Kind ankauft und schlachten, so können sie es tun, sie müssen aber ebenfalls die Fleischbeschau veranlassen und die Verzehrungssteuer

Wie gewonnen, so zerronnen.

Eine Auswanderergeschichte.

(Fortsetzung.)

Minna arbeitete in ihrem neuen amerikanischen Dienste weit über ihre Kräfte; sie lernte hier eine Tätigkeit kennen, von welcher sie zu Hause nichts geahnt hatte. Einen beschaulichen Feierabend, ein wohliges, der Erholung gewidmetes Ausruhen gab es hier nicht. Keine Ruhepause, keine Sammlung — nur ein fabrikmäßiges Schaffen, welches die Kräfte bis zum äußersten anspannte und verbrauchte. Sie wurde gewahr, daß der Amerikaner für gute Bezahlung die völlige Ausbeutung des Individuums unternimmt, daß, wer in der neuen Welt Geld verdienen will, die Arbeit von drei Jahren in einem Jahre liefern muß.

Das junge, kräftige Mädchen wurde blaß, es magerte ab. Vielleicht war daran übrigens nicht nur die Überbürdung mit Arbeitsleistung schuld, vielleicht trugen auch andere Ursachen wesentlich dazu bei, Minnas Gesundheit und Lebensfreudigkeit zu beeinträchtigen: Heimweh und steter Verdruß mit ihren Dienstgenossen. Was das Heimweh anbelangte, so entging sie demselben ebensowenig wie jeder andere Eingewanderte. Das Fremdartige, das Ungewohnte, der Mangel an Interesse, denen sie auf Schritt und Tritt begegnete;

die Laute einer ihr gänzlich ungeläufigen, unbekanntem Sprache, die sie umschwirten; das Bewußtsein, tausend Meilen weit von jedem mitfühlenden Herzen getrennt zu sein — das alles machte sie in der Nacht schluchzend auf ihr Lager niederstürzen.

So vergingen für Minna acht Monate in harter Arbeit und unter beständigem Herzeleid. Und wieder kam der Weihnachtsabend heran. Beim Juwelenhändler wurde er nach amerikanischer Sitte gefeiert. Kein geschmückter Baum verkörperte die Poesie des Festes. Es gab große Gesellschaft, ein üppiges Mahl, und Minna hatte mehr Arbeit als sonst, bis tief in die Nacht hinein.

Und dann saß sie in der stillen Weihnacht allein auf ihrem Zimmer, wo sie sich ein winziges Tannenbäumchen aufgestellt und mit ein paar Lichtern bestückt hatte. Ihre Gedanken schweiften zurück in die alte Heimat, in Richters Haus, wo sie die letzten Weihnachten zugebracht hatte; sie dachte daran, wie damals die Kinder freudestrahlenden Angesichts um den mit Lichtern und allerhand Gaben besetzten Weihnachtsbaum herumhüpften und wie sie selbst in dieser lieben Familie so gut aufgehoben war. Und hier — o wie vereinsamt fühlte sie sich hier, wie verlassen, wie verstoßen von aller Welt!

Aber auch Weihnachtsbilder aus ihrem Elternhause tauchten in ihrer Erinnerung auf. Das nette Weihnachtsaltärchen in der

bezahlen. Wenn ein Bauer Vieh zum eigenen Konsum lebend kauft und schlachtet, braucht er keine Verzehrungssteuer zu bezahlen, die Fleischbeschau muß er aber doch vornehmen lassen. Wenn er dabei einem Nachbar mit einem Stück Fleisch bloß aushilft, ohne es förmlich zu verkaufen, so macht das nichts. Auf keinen Fall aber darf der Bauer Vieh regelmäßig einkaufen und, ohne es gemästet zu haben, schlachten und auf eigene Rechnung verkaufen, denn das wäre als unbefugter Betrieb einer Fleischhauerei anzusehen.

Damit dürfte das wichtigste über diese Frage gesagt sein. Die Sache ist, wie bereits bemerkt, im Gesetz nicht klar entschieden. Sollte ein Bauer, der obige Regeln befolgt, dennoch beanständet werden, so müßte er sich eben auf diese Gründe berufen und nötigenfalls rekurrieren; es wird das aber kaum notwendig sein.

Die Unterstützung der Reservistenfamilien.

Eine tröstliche Versicherung gab der Landesverteidigungsminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 19. März d. J., indem er erklärte, daß für die Familien der einberufenen Reservisten ebenso gesorgt würde, als wenn es sich um eine Mobilisierung handelte. Der Minister habe die Verfügung getroffen, daß von nun an jeder Einberufungskarte zu einer Waffenübung ein Anmeldeformular für den Unterhaltsbeitrag angeschlossen werde. Das Gesetz über den Unterhaltsbeitrag sei zwar seinem Inhalte nach nicht anwendbar auf die hilfsbedürftigen Familien der in ausnahmeweiser aktiver Dienstleistung stehenden und der zur Standeserhöhung Einberufenen. Auf diese Kategorien seien andererseits auch die Bestimmungen des Militärtaragesetzes nicht ohne weiters anwendbar, da diese den Fall einer Mobilisierung zur Voraussetzung haben, während es sich gegenwärtig nicht um eine Mobilisierung, sondern lediglich um seit längerer Zeit vorbereitete Standesergänzung von Truppenabgängen handle, welche notwendig erschienen, um die im anstrengenden Grenzsicherungsdienste stehenden Truppen zu entlasten. Das Ministerium für Landesverteidigung habe es jedoch als im Sinne des Militärtaragesetzes gelegen erachtet, an die betreffenden hilfsbedürftigen Familien die Unterstützung aus Staatsmitteln gerade so verabfolgen zu lassen, als wenn der Fall einer „Mobilisierung“ gegeben wäre.

Diese Erklärung des Landesverteidigungsministers J. M. v. Georgi im Wehrausschusse hat allgemein Befriedigung hervorgerufen.

geschmückten Zimmerecke mit dem herzigen Christkindl in der Krippe; auf dem Tische der siebte große Brotlaib, Schipling genannt, mit den verschiedenen kleinen Teigfiguren, Täubchen, Hühnlein, die ihre Mutter besonders zierlich zu formen verstand; das Besprengen der Wohnung mit Weihwasser am heiligen Abend; dann der Gang zur Pfarrkirche um die Mitternachtsstunde bei Fackelschein, das feierliche Glockengeläute in nächtlicher Stille, die Weihnachtsmette, das von Lichtern strahlende Gotteshaus, die rauschenden Orgeltöne, der ergreifende Kirchengesang, insbesondere das bekannte Weihnachtslied, das sie als Chorjängerin in der Heimatskirche so oft mitgesungen hatte:

Schönstes Kindlein, bestes Knäblein, allerliebtes Jesulein!
Sieh, wir alle laden freundlich Dich in unsere Herzen ein.

Alles das schaute und hörte Minna im Geiste mit einer Frische, als wenn es eben jetzt vor ihr geschehen würde. Sie fühlte sich ganz in die liebe Heimat versetzt und empfand daher doppelt schwer die entsetzliche Leere und Trostlosigkeit, in die sie sich in der amerikanischen Großstadt versetzt sah, wo nichts zu merken war von einer heiligen Weihnacht, nichts von einer Weihnachtsstimmung, nichts von einem Mitternachtsgottesdienste. Mächtiger als je packte sie jetzt das Heimweh, die Sehnsucht nach allen den Lieben, die sie in Europa zurückgelassen hatte, von denen sie jetzt so weit, so schrecklich weit entfernt war.

Und erst gar der Gedanke an die liebe, alte Mutter, die ihr immer wieder tränenden Auges die gewagte Reise nach Amerika

Hiefür maßgebend sind die Bestimmungen des Militärtaragesetzes. Um auch den anspruchsberechtigten Familien unseres Gebietes die Sache, um die es sich handelt, klar zu machen, sei hier angeführt, was das „Grazer Volksblatt“ über diesen Gegenstand kürzlich schrieb:

Nach dem Militärtaragesetz haben Anspruch auf Unterstützung hilfsbedürftige Familien von Reservisten und solchen Soldaten, die Ende Oktober hätten beurlaubt werden sollen, jedoch zurückbehalten wurden. Die Familien derer, die vom Lohne oder Gehalt leben, sind natürlich als hilfsbedürftig anzusehen. Als zur Familie gehörig werden betrachtet in jedem Falle Gattin, Kinder, dann auch Eltern, Großeltern und Geschwister, sofern sie von dem Einberufenen erhalten werden, das heißt, sofern ihr „notwendigster Lebensunterhalt ausschließlich oder doch zum größten Teil von dem persönlichen Erwerb des zur aktiven Dienstleistung Einberufenen abhängig ist“.

Die Unterstützung besteht in einer täglichen Unterhaltsgebühr für jedes Familienmitglied, zu der noch, wenn die Familie in einer gemieteten Wohnung (und nicht im eigenen Hause) wohnt, eine Unterkunftsgebühr kommt, die die Hälfte der Unterhaltsgebühr beträgt.

Als Unterhaltsbeitrag bestimmt das Gesetz jenen Betrag, der für die Militärburchzugsverpflegung per Kopf und Tag festgesetzt ist. Der Betrag wird alljährlich vom Landesverteidigungsminister festgesetzt. Er beträgt in Graz 68 h, im übrigen Steiermark 57 h, in Klagenfurt 66 h, im übrigen Kärnten 60 h per Tag und Kopf der Bezugsberechtigten. Für Kinder unter acht Jahren wird die Hälfte dieses Betrages gewährt. (Verordnungsblatt für das Heer vom 8. Jänner 1909.)

Ein Beispiel soll die Sache deutlich vor Augen führen. Ein Grazer Reservist wird zur Dienstleistung einberufen und läßt eine Frau mit einem Kinde im Alter von zehn Jahren und einem im Alter von sieben Jahren zurück. Die Frau wird also für sich und das Kind mit zehn Jahren je 68 h Unterhaltsbeitrag per Tag und je 34 h an Unterkunftsgebühr, für das zweite Kind an Unterhaltsbeitrag 34 h und 17 h per Tag an Unterkunftsgebühr, zusammen also 2 K 55 h per Tag zu beanspruchen berechtigt sein. Die Gesamtsumme der einer Familie gezahlten Unterstützung darf aber nicht höher sein als „der nach den persönlichen (Erwerbs-) und lokalen Verhältnissen als durchschnittlicher Tagesverdienst des Einzuberufenen anzunehmende Betrag“. Anderweitige Unterstützungen beeinträchtigen den Anspruch nicht.

Um die Unterstützung muß bei der politischen Behörde erster

auszureden gesucht hatte und die nun, der letzten Nachricht zufolge, seit fünf Wochen in der kühlen Erde ruht. Schluchzend verbarg Minna ihr Gesicht in den Händen, und ein Strom von Tränen ergoß sich über ihre blassen Wangen. Ach, vielleicht ist das gute Mütterchen aus Gram gestorben . . . ! Warum hat sie sich verleiten lassen, fortzuziehen von der Heimat! . . .

Von diesen quälenden Gedanken erlöste sie der Schlaf, in den sie vor Müdigkeit und Trauer versiel. Während desselben hatte sie ein Traumgesicht. Sie stand am Meeresgestade und schaute dem geschäftigen Treiben der Menschen zu. Soeben war ein Auswandererschiff eingelassen; sie begibt sich zur Landungsstelle und erblickt unter den Ankömmlingen einen jungen, blonden Mann, dessen Gesichtszüge ihr nicht ganz unbekannt zu sein schienen, und der einen gewissen Eindruck auf sie machte. Der Fremde geht auf sie zu, grüßt sie höflich und ersucht sie, ihr bei der Beförderung seines Gepäcks behilflich zu sein. Minna ließ sich das nicht zweimal sagen und trug dem Unbekannten zwei Handkoffer ins nächste Hotel. Im Fremdenzimmer angelangt, veränderte der Fremde auf einmal sein freundliches Gesicht, verlangte Geld von ihr, und als sie keines zu haben vorgab, ergriff er sie, durchstößte ihr Taschen, warf sie zu Boden und drohte, ihr Gewalt anzutun. Minna wehrte sich, so gut sie konnte, und schrie aus Leibeskräften um Hilfe. — In diesem Augenblicke erwachte sie, zitternd am ganzen Leibe, die Stirn bedeckt mit Angstschweiß, und dankte Gott, daß das Ganze nichts war als ein — Traum.

(Fortsetzung folgt.)

Instand, Stadtrat in Graz, Marburg, Cilli, Pettau, oder bei der jeweils in Betracht kommenden Bezirkshauptmannschaft angefragt werden. Derlei Gesuche sind stempel- und portofrei. Die Entscheidung liegt in den Händen einer Unterstützungskommission, an deren Spitze der Statthalter oder ein von ihm delegierter Beamter steht. Die Unterstützung wird im Vorhinein beim Steueramte halbmonatlich am 1. und 16. jeden Monats ausbezahlt.

Für die Unterstützung der Familien von Reserveoffizieren bestehen besondere Bestimmungen.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Seine Exzellenz Minister Dr. Schreiner) hat seiner lebhaften Freude und Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß zwischen den beiden deutschen Parteien in Gottschee eine Verständigung erreicht und ein Verständigungsausschuß eingesetzt wurde. In einer Zeit, wo alle Deutschen in Österreich im Interesse ihres Volkstums zusammenhalten müßten, sei es sehr erfreulich zu vernehmen, daß in der deutschen Sprachinsel Gottschee die früheren Feindseligkeiten aufgehört haben.

— (Vortrag.) Freitag den 2. d. M. hielt Herr Professor Dr. A. Thalhammer aus Gottschee im Laibacher Kasino einen volkstümlichen Vortrag über das Thema: „Etwas Sprachvergleichung für alle.“

— (Verständigungsausschuß.) Es gibt in unseren Kreisen Leute, die die Befürchtung hegen, daß durch den Verständigungsausschuß die christlichsoziale Sache Schaden leiden und unsere Partei von den Deutschnationalen (Liberalen) ins Schlepptau genommen werden könnte. So sehr wir uns einerseits über die unverbrüchliche Parteitreue freuen, welche in dieser Befürchtung zum Ausdruck kommt, so möchten wir andererseits doch nochmals darauf hinweisen, daß die Parteisache im Verständigungsausschuß ganz ausgeschaltet ist und daß in demselben nur solche Beschlüsse gefaßt werden können, denen sämtliche Mitglieder des Verständigungsausschusses ihre Zustimmung geben. Durch diese Bestimmung ist dafür gesorgt, daß der Verständigungsausschuß weder von der einen noch von der anderen Seite mißbraucht werden kann; er kann auch in nationalen und wirtschaftlichen Angelegenheiten nur solche Beschlüsse fassen, die der ganzen Heimat und allen Volksgenossen zugute kommen. Einen fast komischen Eindruck macht es, wenn in den „Nachrichten“ in einemjort von einem möglichen Mißbrauche des Verständigungsausschusses für „Merikale“ Zwecke gefaselt und gegen die Christlichsozialen gehegt wird. Hat denn der betreffende Zeitungsschreiber, der, wie die Nachrichten bemerken, dem Verständigungsausschuße nahe stehen soll — umso weniger charaktervoll ist dann seine Hezerei —, so wenig Vertrauen auf seine Parteisache, der überdies so mächtige und einflussreiche Anwälte und Schützer zur Seite stehen? — Seine Befürchtungen sind für die Christlichsozialen im Grunde ungemein schmeichelhaft. — Der Verständigungsgedanke hat in der Bevölkerung, die sich schon sehr nach dem Frieden gesehnt hatte, fast überall bereits Wurzel gefaßt. Wenn man von den paar Unzufriedenen in der Stadt abieht, bietet gegenwärtig nur noch Mitterdorf das unerquickliche Schauspiel gehässigen Parteigezänktes. Schuld daran sind dort nur ein paar unverbesserliche Krakeeler und ein radikaler Slowene, von dem sich dort viele unserer deutschen Landsleute leider an der Nase herumführen lassen. Es wäre an der Zeit, diesem Treiben ein Ende zu machen, damit die Sache der Verständigung durch ein paar Poltrone und Intriganten nicht Schaden oder gar Schiffbruch erleide.

— (Feierliche Überreichung der Hellebarde.) Die Schriftleitung der „Gottscheer Nachrichten“ gibt in der Nummer des genannten Blattes vom 28. v. M. bekannt, daß Herr Dr. Karnitschnig mit den „Nachrichten“ schon seit längerer Zeit in keiner Verbindung mehr steht und seit langem keine Artikel in diesem Blatte

veröffentlicht habe. Indem wir annehmen, daß diese Erklärung der Schriftleitung der „Nachrichten“ auf Wahrheit beruht, überreichen wir hiemit die „völkische“ Hellebarde jenem unberufenen „völkischen“ Polzisten, der seit einiger Zeit das Schilderhäuschen neben dem Verständigungsausschuße bezogen hat. Der Mann wird damit Figur machen!!

— (Herr Dr. Karnitschnig) schimpft in einem „Eingefendet“ ganz lästerlich über die „Boten-Skribenten“. Er halte es, schreibt er, unter seiner Würde, sich mit „so einem Gefindel“ herumzuschlagen. Dann gibt's noch ein paar Keulenhiebe auf „verleumderische Gemeinheit und tückische Roheit“. Aber sehr geehrter Herr Doktor, wozu denn dieses aufgeregte Geschimpfe! Sie würden Ihrer Sache viel besser nützen, wenn Sie — es muß ja nicht gerade im „Boten“ sein — alle die Anwürfe berichtigten, die Ihnen gemacht worden sind. Warum tun Sie das nicht? Sind es Tatsachen, die notorisch sind und nicht richtiggestellt werden können? Schließlich noch eine Frage: Kennen Herr Doktor den Mann, der im Jahre 1903 in Gottschee den religiösen Frieden gestört und die konfessionelle Verhegung der Bevölkerung inszenieren geholfen hat? Kennen Sie ferner auch jenen Mann, der im Jahre 1907 die Seele und die Triebfeder der ganz abscheulichen Kabaupolitik war, die Gottschee damals in Verruf brachte und deren sich sogar die anständigen Gegner der Christlichsozialen schämten? Wenn Sie diesen Mann kennen, so sagen Sie ihm: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Wer Wind sät, der muß schließlich Sturm ernten!

— (Erstochen.) In der Nacht am 28. v. M. geriet der Maurergehilfe Karl Plaug, Stieffohn des hiesigen Maurermeisters Herrn Schlas, auf dem Stampflplatze mit dem slowenischen Wagnergehilfen Alois Koretic in einen nationalen Streit, der zu Tötlichkeiten führte. Der Wagnergehilfe stach seinen Gegner mit einem eigens vorbereiteten langen Wagnermesser und traf die Schlagader seines linken Armes. Der schwer verwundete Plaug ging noch selbst bis auf den Hauptplatz, mußte aber sodann wegen heftigen Blutverlustes — es bildeten sich überall auf der Straße große Blutlachen — getragen werden und starb auf dem Wege zum Spital an Verblutung. Die Untat erregte begreiflicherweise großes Aufsehen und Entrüstung in der Stadt und die Beteiligung am Leichenbegängnisse war eine zahlreiche. Der Täter wurde verhaftet und dem Gerichte überstellt. Der Erstochene stand im 32. Lebensjahre und war aus St. Martin bei Villach gebürtig.

— (Beförderung.) Der k. k. Landespräsident hat den Landesregierungskonzipisten Herrn Josef Friedl zum k. k. Bezirkskommissär ernannt.

— (Der Ausschuß der städtischen Sparkasse) hat in seiner letzten Hauptversammlung folgende Unterstützungen und Spenden zu gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken der Stadt Gottschee bewilligt: dem Wasser- und Elektrizitätswerk 6000 K, der Musikschule 1200 K, der landwirtschaftlichen Ziliale 1000 K, dem Pensionsfonds 1000 K, dem Direktorium zur freien Verfügung für statutarische Zwecke 1000 K, dem Studentenheime 500 K, dem Waisenhanse zur Anschaffung von Lehrmitteln 400 K, dem Kirchenausstattungsvereine 382 K, zu Gehaltsaufbesserungen für provisorische Lehrer 300 K, dem Kindergarten 240 K, dem Lesevereine 200 K, dem Handwerkervereine 200 K, der städtischen Feuerwehr 200 K, dem Gauverbande deutscher Feuerwehren in Krain 200 K, der Feuerwehr in Schalkendorf 100 K, dem Deutschen Schulvereine 100 K, dem Jubiläumswerke für das Kind 100 K.

— (Aus Parteikreisen) erhalten wir folgende Zuschrift: In den „Gottscheer Nachrichten“ sind in jüngster Zeit mehrmals Artikel veröffentlicht worden, die angesichts der nunmehr zwischen den beiden politischen Parteien in Gottschee eingeleiteten Verständigung starkes Befremden erregen und als illoyal bezeichnet werden müssen. Niemand wird etwas dagegen einwenden, wenn die gegnerische Presse die Tätigkeit des Verständigungsausschusses zum Gegenstande scharfer Beobachtung macht, damit dieser Ausschuß sich streng innerhalb seines vorgezeichneten und von beiden Parteien angenommenen Programmes sich betätige. Dieses Recht der Kritik steht der geg-

nerischen Presse selbstverständlich ebenso zu, wie wir es andererseits auch für uns in Anspruch nehmen. Also das Recht der Kritik in Ehren, nur muß dieselbe loyal und anständig geübt werden. Es kann und darf z. B. nicht ruhig hingenommen werden, wenn in den „Nachrichten“ über Personen der christlichsozialen Partei, die dem Verständigungsausschusse angehören, in verletzender Weise geschrieben wird. Oder ist es, um nur ein einziges Beispiel anzuführen, nicht eine gräßliche Beleidigung, wenn in den „Nachrichten“ vom 21. Feber neben anderen bissigen Ausfällen bemerkt wird, es gehöre gewiß eine große Überwindung dazu, sich mit einem Dechant von Gottschee an einen Tisch zu setzen! Was soll man ferner dazu sagen, daß gerade erst seit der Gründung des Verständigungsausschusses — früher war dies, wenigstens in diesem Maße, nicht der Fall — gegen einzelne christlichsoziale Mitglieder desselben in dem obgenannten Blatte Artikel von ganz unglaublicher Gehässigkeit erscheinen! Das macht ganz den Eindruck, daß es offenbar auf die Sprengung des kaum ins Leben gerufenen Verständigungsausschusses abgesehen ist. Denn sonst wäre das Erscheinen solcher giftgeschwollener Artikel gerade in der gegenwärtigen Zeit einfach unerklärlich. Die „Nachrichten“ gelten hierzulande noch immer als das Hauptorgan der deutschnationalen Partei. Wenn demnach die ganz illoyale, auf die Bedürfnisse der Verständigungsaktion nicht im mindesten Rücksicht nehmende Haltung dieses Blattes noch weiter fortauern sollte, so wäre es angezeigt, daß die christlichsoziale Partei sich ernstlich mit der Frage beschäftige, ob angesichts der fortwährenden Beleidigungen durch dieses Blatt eine weitere Bescheidung der Sitzungen des Verständigungsausschusses mit der Parteiführung vereinbar sein wird. Wir betonen hiebei ausdrücklich, daß wir an der Loyalität der leitenden Kreise der deutschnationalen Partei und ihrer Vertreter im Verständigungsausschusse nicht im geringsten zweifeln. Nachdem aber, wie die „Nachrichten“ selbst andeuten, die oben erwähnten Zeitungsartikel von einer Seite herkommen, die dem Verständigungsausschusse nahe steht, muß im Interesse des Friedens und im Interesse der Verständigungsaktion entschieden verlangt werden, daß da endlich einmal Ordnung geschaffen werde. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß der „Bote“ sich von ähnlichen Quertreibereien nicht bloß ganz fern gehalten, sondern der Verständigungsaktion gegenüber stets eine durchaus loyale und sympathische Haltung eingenommen hat.

— (Wie in Frankreich!) Die Könige von Frankreich hießen einst die allerchristlichsten. Jetzt ist aber Frankreich bekanntlich der allerunchristlichste Staat in Europa geworden. Das Kreuz ist dort geächtet, die Ordensleute sind vertrieben, die Kirchen gesperrt, den Kindern ist der Katechismus aus der Hand gerissen worden. Ja, es kam noch ärger: die Bischöfe wurden aus ihren Amtswohnungen, die Pfarrer aus ihren Pfarrhöfen mit brutaler Gewalt weggejagt, sogar das Lesen der heil. Messe wurde unter Polizeiaufsicht gestellt. Also ein förmlicher Religionskrieg zur Ausrottung des Christentums und Einführung eines neuen Heidentums! — Auch hierzulande gibt es solche Franzosen. In Mitterdorf möchten sie den Pfarrer, einen eifrigen Seelenhirten, der trotz der größten Anfeindungen auf seinem Posten mit apostolischem Mute treu ausharrt, am liebsten fortjagen, wenn sie nämlich die Macht dazu hätten. Sie treiben es so arg, daß selbst die anständigen Liberalen über diese unwürdige Heze schon empört sind. Katholiken der Pfarre Mitterdorf, es ist hohe Zeit, daß dem schändlichen Treiben einiger weniger endlich ein Ziel gesetzt werde! Sprechet öffentlich eure Entrüstung über dasselbe aus, damit die Welt erfahre, daß es in Mitterdorf trotz alledem noch viele treue Katholiken gibt, die ihren braven Seelsorger nicht öffentlich verunglimpfen lassen!

— (Rehret zuerst vor eurer Türe!) Ein Berichterstatter aus Gottschee, der, wie die „Nachrichten“ behaupten, dem Verständigungsausschusse nahe steht, leistet sich seit einiger Zeit das sonderbare Privatvergnügen, in den „Nachrichten“ ganz ordinär über die Christlichsozialen herzufallen und sie zu verdächtigen. Unser Blatt hat sich, entsprechend dem Verständigungsgedanken, der Gegen-

partei gegenüber einer solchen verlegenden Loyalität nicht schuldig gemacht. — Dazu kamen dann noch in allerjüngster Zeit die rohen, verleumderischen Überfälle auf den Oberlehrer von Mitterdorf, die auch aus Gottschee datiert sind. In den „Nachrichten“ vom 21. Feber wurde in verletzender Weise u. a. gesagt, es gehöre eine gewisse Überwindung dazu, mit einem Dechant von Gottschee sich an einen Tisch zu setzen! — Wenn nun aber der „Bote“, nicht etwa gegen die politische Gegenpartei — dazu ist er zu loyal —, sondern gegen einen Ultraradikalen schreibt, der die Sympathien fast sämtlicher Landsleute verschert hat, dann berufen sich die „Nachrichten“ auf denselben Dechant, den sie früher angeflegelt haben, damit nämlich ihrem Liebling kein Haar gekrümmt werde. O, ihr Splitterrichter! Den Splitter im Auge des Nächsten befristet ihr, den Balken im eigenen Auge seht ihr nicht! Blätter und Leute, die sich, trotz der gegenwärtigen Verständigungsaktion und dieselbe wohl absichtlich mit allen erdenklichen Mitteln störend, nicht scheuen, andere in der niedrigsten Weise zu verleumden, haben kein Recht dazu, empfindlich zu tun, wenn man einen ihrer besonderen Lieblinge einmal am Ohre zauft. Man kehre zuerst vor der eigenen Türe! — Damit übrigens niemand einen falschen Verdacht hege, bemerken wir nachträglich noch, daß der eingangs erwähnte Berichterstatter nicht Mitglied des Verständigungsausschusses ist, sondern, wie die „Nachrichten“ selbst andeuten, außerhalb dieses Ausschusses steht.

— („In den Nachrichten“) war kürzlich zu lesen, daß der „Bote“ nur im Auftrage gewisser Persönlichkeiten über Dr. Karnitschnig geschrieben habe. Das ist ein Irrtum. Der „Bote“ registrierte einfach nur das, was das Urteil der öffentlichen Meinung in Gottschee ist.

— (Friedensstörer.) Das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden herrscht gegenwärtig überall in unserem Ländchen und aus diesem Bedürfnisse heraus ist der Verständigungsausschuss hervorgewachsen. Wenn auch keine der beiden politischen Parteien in Gottschee ein parteimäßiges Interesse an dem Bestande des Verständigungsausschusses hat, so verlangt doch das Gesamtinteresse der Heimat gebieterisch dessen unge störten Fortbestand. Der Fortbestand des Verständigungsausschusses wird aber einigermaßen gefährdet durch die Haltung der „Nachrichten“, die sich immer offener als Gegner der Verständigungsaktion in Gottschee entpuppen. Im Interesse der Erhaltung des kaum errungenen Friedens läge es demnach, daß von zuständiger Seite mit den „Nachrichten“ endlich einmal ein ernstes Wort gesprochen würde. Wenn dies nichts nützen würde, dann sollte kein Freund des Friedens mehr dieses Blatt in seinem Hause dulden. Im Grunde scheinen es gegenwärtig hauptsächlich zwei Personen zu sein, die als Friedensstörer bezeichnet werden müssen und die Verständigungsaktion, wie es scheint, zum Falle bringen möchten. Eine von diesen beiden befindet sich in Gottschee. Wenn sie ihr Verhezungshandwerk in den „Nachrichten“ noch weiter fortsetzen sollte, würden wir nicht ermangeln, den Herrn Zeitungsschreiber der Öffentlichkeit geziemend als Schädling der Verständigung vorzustellen. Der zweite Friedensstörer dürfte nicht einmal ein Deutscher sein, sondern ein radikaler Slowene, der in einer Nachbargemeinde von Gottschee sein Unwesen treibt. Dieser Mann versteht das unglaubliche Kunststück, zu gleicher Zeit Berichterstatter einer deutschnationalen oder freiagrarischnen Zeitung und Vorstandsmitglied einer slowenischen Posojilnica zu sein. Es ist wirklich betäubend, daß es Deutsche gibt, die sich die Vormundschaft eines solchen Mannes ruhig gefallen lassen. Wir sind überzeugt, daß über kurz oder lang die öffentliche Meinung von Gottschee über das Treiben auch dieser beiden Friedensstörer, die vielleicht unter einer Decke spielen, den Stab brechen wird.

— (Der unsinnige Ansturm auf die Sparkassen.) Se. Excellenz der Herr Finanzminister hat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. März 1909 mit schärfstem Nachdrucke betont, daß die österreichische Regierung nie und nimmer die Einlagen der Sparkassen angreifen werde. Es ist ja bekannt, daß im Falle eines Krieges, auch wenn man feindliches Land besetzt hat, das Privateigentum als etwas Heiliges geschont und geehrt wird. Wie könne

man denn auch nur einen Augenblick annehmen, daß man das Privateigentum seiner eigenen Bürger einfach gegen alles Gesetz und alles Recht wegnehmen könnte! — So die Äußerung des Ministers. Es ist also eine Lüge, wenn gegenteilige Behauptungen in der Bevölkerung verbreitet werden. Wenn gewissenlose oder einseitige Personen unsinnige Gerüchte verbreiten und die Einleger zur Behebung ihrer Spareinlagen aufheizen sollten, so schenke man solch albernem Geschwätze keinen Glauben. Wer so töricht ist, Einlagen aus bloßer Kriegsfurcht zu beheben, verliert die Zinsen von einem oder mehreren Monaten. Erfahrungsgemäß kommen die Einleger, sobald sie sich von der Grundlosigkeit ihrer Angst überzeugt haben, doch bald wieder, um ihre Ersparnisse neuerdings einzulegen. — Da auch im Gerichtsbezirke Gottschie von böswilligen oder unverständigen Leuten schon Versuche gemacht worden sind, durch falsche Behauptungen und Ausstreuen unsinniger Gerüchte Angst und Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Verbreiter solcher irreführender Gerüchte zur Verantwortung gezogen und behördlich abgestraft werden können.

— (Fahrmarkt.) Der Josefmarkt am 20. v. M. war stark besucht und der Handel mit Vieh gestaltete sich lebhaft. Halbschwere Ochsen erzielten einen Preis von 64 bis 66 h für das Kilogramm (Lebendgewicht).

— (Gemeindewahlen.) Am 23. und 24. März fand hier die Neuwahl der Stadtgemeindevertretung statt. Die Beteiligung an derselben war ziemlich lebhaft. Gewählt wurden im dritten Wahlkörper als Ausschußmitglieder die Herren: Franz Engle d. Ä., Georg Hönigmann, Alois Loy, Johann Kankel, Josef Tomitsch, Josef Verderber; als Ersatzmänner die Herren: Josef Hönigmann, Johann Koscher und Adolf Kraus. Im zweiten Wahlkörper als Ausschußmitglieder die Herren: Robert Braune, Daniel Ranzinger, Josef Köthel, Franz Schleimer, Florian Tomitsch, Johann Verderber; als Ersatzmänner die Herren: Adolf Braune, Matthias Eschinkel, Franz Verderber. Im ersten Wahlkörper die Herren: Albert Braune, Major i. R., Obergeometer Wilhelm Ritter von Furer, Rechtsanwalt Dr. Franz Goltz, Fachschuldirektor Josef Knabl, Gymnasialdirektor Dr. Franz Riedl, Prof. Viktor Theiß; als Ersatzmänner die Herren: Anton Jonke, k. k. Oberoffizial i. R., Eduard Schubig, k. k. Steuerverwalter, und Wilhelm Wolf, k. k. Steueroffizial. — Herr Dr. Karnitschnig wurde nicht wieder gewählt, ein Beweis dafür, daß er das Vertrauen der Bevölkerung von Gottschie verloren hat. Die kleine radikale Clique, die zwar schrecklich „völkisch“ tut, in Wahrheit aber dem Volke nur zum Schaden gereicht, hat, wie es scheint, vollständig abgewirtschaftet. Den Zusammenbruch der einstmaligen Kabaupolitik wird jeder wahre Vaterlandsfreund ohne Unterschied der Parteistellung mit Freude begrüßen.

— (Nickelfälschungen.) In Laibach und anderen Gegenden des Landes sind abermals 20 Heller-Fälskate (ungarischer Prägung) im Umlauf. Sie müssen als sehr gelungen bezeichnet werden, da sie nur am weicheeren Metalle zu erkennen sind. Es empfiehlt sich also, insbesondere, wenn man in Laibach geschäftlich zu tun hat, eine besondere Vorsicht bei Einnahme von Kleingeld.

— (Lloyale Quertreibereien.) Loyalität ist bekanntlich nicht jedermanns Sache, und wer sich für einen guten Zweck einsetzt, hat mitunter von falschen „Freunden“ mehr zu fürchten, als von offenen Feinden. So geht es auch beim Verständigungsausschusse. Alle wahren Vaterlandsfreunde haben ihn mit Freude begrüßt, auch in solchen höheren Kreisen, denen die Hut des deutschen Volkstums in Osterreich anvertraut ist, hat sein Zustandekommen Beifall und Anerkennung gefunden. Gegen den Verständigungsausschuß war schließlich nur mehr jene kleine, bedeutungslose Clique in Gottschie, die jetzt aufs Haupt geschlagen ist und ohnmächtig dasteht. Von dieser letzteren Seite hat also der Verständigungsausschuß im Ernste nichts mehr zu fürchten, wohl aber scheint es notwendig zu sein, daß er sich vor falschen Freunden inacht nehme, die äußerlich verständigungsfreundlich tun, aber bei jeder Gelegenheit in intrigantester Weise dem Verständigungsgedanken das Bein stellen. Vor kurzer Zeit

erschien in den „Nachrichten“ so ein Aufsatz eines falschen „Freundes“, der ganz darnach angetan war, einer der beiden politischen Parteien in Gottschie, nämlich den Christlichsozialen, den Verständigungsgedanken gründlich zu verfehlen. Dazu kam noch manches andere, kurzum wenn es auf den gewissen „Freund“ allein angekommen wäre, wäre die kaum geborene Verständigung schon längst wieder in Brüche gegangen. Aber es geht nichts über „edle“ Seelen, die verraten sich zu Wasser und zu Lande. Und so finden wir in den „Nachrichten“ vom 21. März das nette Geständnis, daß der Verfasser des betreffenden hämischen und illoyalen Zeitungsartikels dem „Verständigungsausschusse viel näher steht, als derselbe selbst glaubt“. Wirklich allerliebste! Also eine Ratte am eigenen Busen!! Das ist verblüffend! Erfreulich bei dieser perfiden Geschichte ist nur der Umstand, daß der Intrigant nicht den Kreisen der Bürgerschaft angehören dürfte.

— (Abg. Chiari über die nationale Frage.) Der deutschfreiheitliche Abg. Freiherr v. Chiari sprach kürzlich in Klosterneuburg über die gegenwärtige politische Lage und führte dabei bezüglich der nationalen Fragen aus: „Es ist im österreichischen Parlament so überaus schwer, zu ruhiger parlamentarischer Arbeit zu gelangen, weil wir außer mit den großen kulturellen, freiheitlichen und wirtschaftlichen Problemen der Gesetzgebung auch noch mit der nationalen Frage rechnen müssen, die chauvinistische Bestrebungen in den Vordergrund drängt. Es wird aber gerade die Aufgabe dieses Volksparlamentes sein, die Sprachenfrage einer Lösung zuzuführen. Keine der österreichischen Nationalitäten wäre für sich selbst im stande, einen eigenen Staat zu bilden. Alle sind aufeinander angewiesen und sie müssen auch einen gemeinsamen Staatsgedanken haben. Die Überzeugung müsse sich durchringen, daß für alle ein Gemeinsames existieren müsse. Daß ein gemeinsamer Staat nur dann bestehen kann, wenn jede Nation etwas von ihrer nationalen Selbstherrlichkeit zu Gunsten des Staates abgibt, ist selbstverständlich. Die Grundlage des Staates kann nach der Lage der Dinge nur eine deutschzentralistische sein. Die gemeinsamen Belange werden aber auch ihre Grenzen haben, so daß die freie nationale Entwicklung der verschiedenen Völker gesichert wird. Wir Deutsche wollen durchaus nicht ungerecht gegen andere Völker vorgehen, wir wollen aber auch nicht, daß sie sich auf unsere Kosten entwickeln. Die Deutschen haben im Parlament eine schwierige Stellung. Alles gerechnet, haben sie nur 48 Prozent der Mandate und, wenn sie ihre nationalen Angelegenheiten durchsetzen wollen, so werden sie sich untereinander, Deutschfreiheitliche und Christlichsoziale, zu einem Block verbinden und auch andere Allianzen suchen müssen. Die Christlichsozialen sind in nationalen Fragen mit den Freiheitlichen gegangen. Die tschechische Frage hat ihre Bedeutung nicht nur mehr für Böhmen und Mähren, sie greift auch schon auf Wien und Niederösterreich über. Die gemeinsame nationale Not muß alle Deutschen im Parlament zusammenschließen, mögen auch gewisse lokale Differenzen sonst weiter bestehen.“

— (Gottscheer Bergwerkskonsumverein.) Vom k. k. Kreisgerichte Rudolfswert als Handelsgericht wird bekannt gemacht, daß im Genossenschaftsregister bei der bestehenden Firma Gottscheer Bergwerkskonsumverein, reg. G. m. b. H., auf Grund des Beschlusses der ordentlichen Generalversammlung vom 28. Februar 1909 die Böschung des ausgetretenen Vorstandsmitgliedes Jakob Pressel und die Eintragung des neugewählten Vorstandsmitgliedes Franz Lieber, Obersteiger in Gottschie, bewilligt und vollzogen wurde.

— (Vertrauen zu den Raiffeisenkassen.) Trotz der noch vor wenigen Tagen bestehenden, nunmehr aber hoffentlich glücklich überwundenen Kriegsgefahr sind bei den Raiffeisenkassen des Gottscheer Gebietes keine außergewöhnlichen Behebungen von Spareinlagen erfolgt. Die Geschäfte nahmen ihren gewöhnlichen, normalen Verlauf, wie in den Zeiten der tiefsten politischen Ruhe. Es ist das ein erfreulicher Beweis dafür, daß sich unsere Raiffeisenkassen das unbedingte und unerschütterliche Vertrauen der Bevölkerung erworben haben.

— (Wehrgesetzgebung.) Das neue Wehrgesetz wird bis zum Spätherbst des laufenden Jahres vollständig fertiggestellt werden.

Das neue Wehrgesetz und die neue Militärstrafprozessordnung werden gleichzeitig, und zwar zugleich mit einem neuen Unteroffiziers-Anstellungsgeetze und einem neuen Militärversorgungsgeetze vor das Parlament gelangen.

— (Ein agrarisches Programm.) Bei der am 5. März d. J. in Wien abgehaltenen Generalversammlung der österreichischen Zentralkasse zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen wurde gegen jede wie immer geartete Ein- und Durchfuhr von Vieh und Fleisch aus den Balkanstaaten und gegen das vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus geradezu ungeheuerliche Ansinnen der türkischen Kaufmannschaft aus dem Sandschak, ein ähnliches Zugeständnis auch auf die Türkei, den Herd der gefährlichsten Tierseuchen, vor allem der Kinderpest, auszudehnen, protestiert und weiters beschlossen, für folgende im Agrarprogramm bereits festgelegte agrarische Forderungen einzutreten: Aufhebung der Umschreibgebühr bei der Erbfolge von bäuerlichen Grundbesitzen an Ehegatten und Kinder. Entschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes. Aufhebung, allenfalls Reform der Grund- und Hausklassensteuer und Ausgestaltung der progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer. Gesetzliche Maßregeln gegen die Güterschlächtereien. Energische Maßnahmen, um die Fleischpreise in ein entsprechendes Verhältnis zu den Viehpreisen zu bringen. (Freigabe der Schlachtung des eigenen Viehes durch die Landwirte; Errichtung von landwirtschaftlichen Genossenschafts-Großschlächtereien unter ausgiebiger finanzieller Unterstützung der Regierung.) Verbot der langfristigen Mehlvorausverkäufe. Erstellung eines Kartellgesetzes, um die Bewucherung der Gesamtbevölkerung durch einige Aktiengesellschaften und Industriemillionäre zu verhindern (Eisenkartell). Ablehnung des Abschlusses eines Meißbegünstigungsvertrages mit Argentinien. Tarifrische Begünstigungen; Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

— (Die Frühjahrswaffenübungsperioden der Reserve und Ersatzreserve) wurden, wie folgt, festgesetzt: a) Infanterie und Jägertruppe. Für Reservemänner vom 19. April bis 1. Mai, für Ersatzreservisten vom 3. bis 15. und vom 17. bis 29. Mai. Die in Istrien sich aufhaltende Mannschaft, welche zur Bewirtschaftung der Weingärten benötigt wird, ist tunlichst im Monate August zur Waffenübung heranzuziehen. Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl der für die Waffenübung im Frühjahr verbleibenden nichtaktiven Mannschaft und, um den unter Stand gesetzten Feldbataillonen der Infanterieregimenter Gelegenheit zu bieten, Übungen mit wesentlich erhöhten Ständen vorzunehmen, finden die Übungen nur bei nachbenannten Bataillonen statt: 7 Klagenfurt, 17 Laibach, 27 Graz, 47 Warburg, 87 Gills, 97 Sejana. b) Pionierbataillon Nr. 15 entfällt, weil alle verfügbaren waffenübungspflichtigen Reservemänner und Ersatzreservisten zur Deckung von Standesabgängen benötigt werden. c) Sanitätsstruppe. Bei den Sanitätsabteilungen Nr. 7, 8 und 9 dreizehntägige Übungsperioden für Reservemänner und Ersatzreservisten, beginnend am 1. und 15. April, 1. und 15. Mai, 1. und 15. Juni, für die aus der Infanterie stammenden Ersatzreservisten der Sanitätsabteilung Nr. 8 und 9 vom 1. bis 13. Mai.

— (Die Klassifikation in den Mittelschulen.) Man schreibt dem „Grazer Volksblatte“ aus Professorenkreise: Die „Neue Freie Presse“ brachte in den letzten Nummern eine ganze Reihe von Artikeln über den Mißerfolg des von ihr im vorigen Jahre so sehr gepriesenen neuen Klassifikationsverfahrens an Mittelschulen, das Marchet im Verein mit seinen Wahr- und Verehrern (darunter besonders Ludo Hartmann) erfunden und angeordnet hatte. Der Erfolg war in jeder Beziehung ein verfehlter. Wie die „Neue Freie Presse“ jetzt selbst gesteht, waren im abgelaufenen Semester die Schüler mehr als je überbürdet und der Erfolg in der Leistung war derart, daß in den einzelnen Klassen die Mehrzahl der Schüler durchfiel — so in einer Wiener Staatsrealschule 31 von 41 Schülern, so daß jetzt sogar eine drohende Bewegung der Eltern in Aussicht steht.

— (Ernteurlaube.) Wie der Landesverteidigungsminister sich kürzlich im Reichsrate äußerte, sind für das laufende Jahr ebenfalls Ernteurlaube in Aussicht genommen und soll hiebei den landwirtschaftlichen Interessen durch Erleichterungen der Forderungsnahme entgegengekommen werden. Für Weinbaugenden wird die Verschiebung der Übungsperiode auf den Herbst nach Tüchtigkeit erfolgen. Auch die berufsmäßigen landwirtschaftlichen Arbeiter dürften künftighin anspruchsberechtigt werden. Auch wird das Ansuchen um Ernteurlaube nicht mehr von den Angehörigen des Mannes ausgehen müssen, sondern wird in Zukunft die regelmäßige Bitte des Mannes (Soldaten) genügen.

— (Ein Erlass gegen die Güterschlächtereien.) Das Finanzministerium hat gegenüber dem Unwesen der Güterschlächtereien wieder einmal ein Lebenszeichen von sich gegeben. Die Finanzbehörden werden daran erinnert, daß durch die Güterschlächtereien das Steuerwesen nachteilig beeinflusst wird, weshalb es angezeigt sei, daß die Gebührenbemessungsämter in jedem Falle zu beurteilen haben, ob bei solchen Käufen nicht die Tätigkeit eines Vermittlers eingegriffen hat oder ob nicht etwa die Verheimlichung eines Zwischenverkaufes vorliegt. Auch dürfe bei solchen spekulativen Käufen oder Verkäufen keinerlei Gebührenbegünstigung eintreten und es sind alle Fälle der Vermittlung von Grundkäufen im Sinne des Erlasses des Staatsministeriums vom 28. Februar 1863, Zahl 2306, den politischen Behörden bekanntzugeben. Wenn die österreichischen Behörden der Ansicht sind, dem Güterschlächter durch solche Maßnahmen an den Leib rücken zu können, mögen sie sich nur jede Mühe ersparen. Es ist übrigens sehr merkwürdig, daß die Behörden förmlich verlangen, die Bevölkerung möge ihnen die Namen der notorischen Güterschlächter bekannt geben. Das Finanzministerium hätte diese Auskunft viel schneller und ohne jeden Erlass von Seite der k. k. Bezirksamter und Grundbuchsämter haben können. Am Amtssitze jedes Bezirksamtes kennt man die Güterschlächter des Bezirkes und der Umgebung nur zu gut, wozu erst noch die Bevölkerung auffordern, der Finanzbehörde diesbezüglich behilflich sein zu wollen? Ebenjowenig wird man auch durch Besteuerung der Güterschlächtereien diesen Totengräbern des Bauernstandes beikommen können. Die Güterschlächter verdienen schon so viel, daß sie auch eine recht ausgiebige Steuer zahlen können. Die Steuerkommissionäre haben da übrigens Gelegenheit, ihren Amtseifer zu betätigen; zu viel kann da nicht bald geschehen. Traurig ist es aber, daß in Oesterreich seit dreißig Jahren gegen die Güterschlächter so viel wie nichts geschehen ist.

Mitterdorf. (Sterbefälle im Feber und März.) Am 1. Feber Gertrud Blatnik aus Malgern Nr. 19, 57 Jahre alt; am 18. Josef Handler aus Mitterdorf Nr. 38, 2 Jahre alt; am 23. Johann Erker aus Koflern Nr. 11, 78 Jahre alt; am 1. März Agnes Erker aus Malgern Nr. 48, 73 Jahre alt; am 22. Maria Handler, Inwohnerin in Mitterdorf, 48 Jahre alt (gestorben im Spital in Laibach).

— (Gefährliche Drohung.) Josef Madler, ein gebürtiger Ortler, der sonst schon jahrelang in Kroatien auf und abzieht, ist leztlich hier gefänglich eingesteckt worden, da er mit Brandlegung drohte.

— (Ein unüberlegter Ausreißer.) Johann Hönigmann, der krankheitshalber im Truppenspital in Klagenfurt sich aufhielt, verließ ohne eigentliche militärbehördliche Bewilligung das Spital und begab sich zu Verwandten nach Bozchin, weil ihm, wie er meinte, die heimische Luft besser bekomme. Doch nur kurze Zeit genoß er die selbstgewählte Freiheit. Er wurde einfach abgeholt und wieder zurückbefördert.

— (Schlechte Überwinterung.) Die vorjährige Dürre hat, wie man jetzt sieht, auch den Bienen stark geschadet. Manche Stöcke sind hier zugrunde gegangen. Dem alten Bienenvater Krauland in Oberrn ist nicht ein Stock geblieben. Eine schlimme Überwinterung.

— (Wo sind die Beweise?) Wer das Protokoll und die mit Siegel und Unterschriften versehenen Abschriften unserer letzten Gemeindeauschusssitzung zu Gesicht bekommen hat, wird darüber

staun
Verfe
Punk
aber
mein
Bewe
Das
Sihu
verfeh
füg

Jahre
vom
die is
es un
zu fle
Her
daß
an S
Beme
verka
habe
Bek
an bi
andere
noch
der fr
wird
aufhal
im La
oder
zwar
Die

Schall
Raim
Josef
in Se
dorf,
Johan
Testin
Matth
Franz
in Se
Hutter
Hafen
Schall
Paul
Vina
Georg
Samm
von K

durch
Besitz
Depou
und der
bloß z
muß z
Fremde
Ein bef
solcher
sondern
Man
zelliere
wird,
— Der

staunen, daß der Ausschuß wohl einstimmig den Oberlehrer „arger Verfehlungen in und außer der Schule“ schuldig erklärte und in drei Punkten dem Pfarrer Vernachlässigung seiner Standespflichten vorwirft, aber nicht einen einzigen Beweis anführt. War es dem Gemeindebeamten ernst mit den Beschuldigungen, dann hat es dafür volle Beweise zu erbringen, denn sonst verurteilt es sich selbst. Noch eines. Das Gemeindeamt Mitterdorf hat in einem als Abschrift des Sitzungsprotokolles erklärten und mit Siegel und Unterschriften versehenen Schriftstücke sowohl durch Auslassung als durch Hinzufügung Veränderungen vorgenommen. Gehört sich das?

— (Herr Widmer) macht es nun wieder gerade so wie im Jahre 1905. Er behauptet in der Nummer der „Nachrichten“ vom 21. März, daß der Oberlehrer Erker schon im Jahre 1903 die ihm gemachten Vorwürfe gekannt, aber aus Schuldbewußtsein (!) es unterlassen habe, Herrn Widmer beim Bezirksgerichte in Gottschie zu klagen. Dem gegenüber sei der Wahrheit gemäß festgestellt, daß Herr Widmer damals allerdings vor anderen Leuten behauptete, daß Oberlehrer Erker vom krainischen Schulpfennig gespendete Theken an Schüler verkaufte. Er hütete sich aber hiebei die ehrenrührige Bemerkung zu machen, daß der Herr Oberlehrer den Erlös für die verkauften Theken für sich verwendet habe, weshalb auch keine Handhabe geboten war, ihn beim Bezirksgerichte Gottschie zu belangen. Bekanntlich verwendete Herr Oberlehrer Erker den Erlös für die an die Kinder bemittelten Eltern verkauften Hefte zum Ankauf anderer Gratis-Behrmittel für arme Schulkinder und setzte hiebei noch aus eigener Tasche Geld zu. Mit diesem Vorgange war auch der krainische Schulpfennig vollkommen einverstanden. Herr Widmer wird sich, wie wir hören, in den Hauptferien in Schwarzenbach aufhalten. Wir fordern ihn auf, gelegentlich dieser seiner Anwesenheit im Ländchen seine bisher nur immer in Zeitungen ausgesprochenen oder angedeuteten ehrenrührigen Behauptungen vor Zeugen, und zwar derart zu wiederholen, daß man ihn gerichtlich fassen kann. Die Gelegenheit, dies tun zu können, werden wir ihm bieten.

Schalkendorf. (Für die freiwillige Feuerwehr) in Schalkendorf spendeten folgende Landsleute in Amerika: Zu 1 Dollar: Raimund Perz in Schalkendorf, Karl Schiwauz in Schalkendorf, Josef Jonke in Schalkendorf, Lina Schober in Seele, Josef Tscherne in Seele, Sophie Jonke in Schalkendorf, Anna Novak in Schalkendorf, Magdalena Perz in Schalkendorf, Josef Perz in Schalkendorf, Johann Perz in Schalkendorf, Josef Heß in New York, Franz Testin in Seele, Anna Recher in Schalkendorf; zu 50 Cent: Matthias Perz in Schalkendorf, Maria Jonke in Schalkendorf, Franz Tscherne in Seele, Franz Schleimer in Seele, Lina Hutter in Seele, Sophie Kresse in Seele, Lina Flak in Seele, Franz Hutter in Seele, Franz Kresse in Seele, Johann Staudacher in Hasenfels, Andreas Tschinkel in Windischdorf, Johann Novak in Schalkendorf, Georg Jonke in Seele, Josef Jallitsch in Schalkendorf, Paul Hutter in Schalkendorf, Sophie Köthel in Schalkendorf, Lina Tomitsch in Seele; zu 25 Cent: Sophie Wittreich in Klindorf, Georg Wittreich in Klindorf. Zusammen 22 Dollar. — Eine Sammlung in der Stadt Gottschie ergab den namhaftesten Betrag von K 201.20. — Tausend Dank!

Grafenfeld. (Zwei Realitäten) sind jüngst wieder leider durch Verkauf in den Besitz von Slowenen gelangt, nämlich der Besitz des verstorbenen Springer um 29.100 K und der des Johann Depouschel um 10.400 K. Es nützt nichts, über solche betrübende und der Erhaltung unseres deutschen Volkstums schädliche Erscheinungen bloß zu schimpfen und seinem Unmute Ausdruck zu geben. Man muß zur praktischen Selbsthilfe schreiten. Wenn ein Besitz einem Fremden so und so viel wert ist, so ist er es auch für einen Heimischen. Ein besser situierter Bauer des Dorfes oder eine Vereinigung mehrerer solcher Besitzer in der Ortschaft sollten keinen Fremden hereinlassen, sondern selbst die zum Verkaufe ausgetobene Realität erwerben. Man kann ja dann allenfalls den Besitz mit gutem Gewinn parzellieren. Es ist zwar bedauerlich, wenn ein Besitz zertrümmert wird, aber es bleiben die Besitzesteile wenigstens den Heimischen. — Den gewerbsmäßigen Güterschlächtern aber, die die Realitäten

stets parzellieren, also auf das Ankaufen derselben durch die Ortsbewohner angewiesen sind, sollte dadurch das Handwerk gelegt werden, daß sich die Heimischen gegenseitig verpflichten, dem Güterschlächter auf keinen Fall einen Grund abzukaufen. So ein Bauernvererber soll mit seinem Haus und seinen Grundstücken einfach sitzen bleiben. Nicht einmal pachten soll man von ihm etwas. Wenn der Mann in mehreren Gemeinden so gründlich aufzissen wird, dann wird er sein gemeinschädliches Gewerbe bald aufzugeben gezwungen sein. Deutsche Bauern! Helfet doch um Gotteswillen nicht selbst mit dazu, daß unser Bauernstand zugrunde gerichtet werde!

Mooswald. (Zu den Gemeindevahlen.) Vor kurzem waren in Gottschie Gemeindevahlen. Da wir Mooswalder auch zur Stadtgemeinde gehören, hätte es hier jedermann gerne gesehen, wenn auch ein Mooswalder in die Liste der Kandidaten für die Gemeindevertretung aufgenommen worden wäre. Daß dies nicht geschehen ist, hat bei uns begreiflicherweise Mißstimmung erregt. Aus diesem Grunde haben sich die Mooswalder an der Wahl auch nicht beteiligt. Wir wollen mit der Stadt in Frieden und Eintracht leben, aber man soll doch auch auf unsere ohnehin bescheidenen Wünsche etwas Rücksicht nehmen. Daß wir uns hüten werden, uns von gewissen Leuten, die jetzt in der Stadt zum Glück alles Vertrauen verloren und ihre Rolle gänzlich ausgespielt haben, noch einmal zu politischen Demonstrationen mißbrauchen zu lassen, ist selbstverständlich.

Göttenuß. (Todesfall.) Am 15. v. M. starb hier nach kurzer Krankheit Magdalena Stampfl Nr. 87. Der jüngere Sohn konnte leider trotz mehrerer Besuche nicht vom Militärdienste befreit werden und mußte im vergangenen Herbst einrücken. Die Eltern waren deshalb allein; der ältere Sohn weilt in Amerika.

— (Die Futternot) ist hier im allgemeinen nicht so groß, wie in anderen Gemeinden, aber einzelne Besitzer haben doch auch darunter zu leiden und sind gezwungen, auch bessere Feldfrüchte, wie Buchweizen als Futter zu verwenden.

Nesseltal. (Volksbewegung.) Im ersten Vierteljahr 1909 gab es in unserer Pfarre elf Geburten, acht Sterbefälle und eine Trauung. Gestorben sind: Marie Stalzer von Alfriesach Nr. 11, 73 Jahre alt; Magdalena Mediz von Büchel Nr. 10, 67 Jahre; Margaretha Rom von Lichtenbach Nr. 17, 47 Jahre; Johann Schuster von Warmberg Nr. 2, 50 Jahre; Gertraud Rabuje von Büchel Nr. 7, 63 Jahre; Maria Tscherne von Nesseltal Nr. 72, 58 Jahre; Josef Alois Schneller von Nesseltal Nr. 22, 20 Tage; Margaretha Hutter von Reichenau Nr. 8, 63 Jahre. Getraut wurden: Adolf More, Knecht, von Nesseltal Nr. 40 mit Magdalena Staudacher von Neufriesach Nr. 13.

— (Der Aufsichtsrat) hat Sonntag den 4. März die hiesige Raiffeisenkasse und ihre Gebarung revidiert.

— (Unsere Raiffeisenkasse) verteilte 154 Meterzentner (275 alte Zentner) Wiesenheu. Das Heu lieferte die Firma Wilhelm Neumann in Triest. Die Bahnfracht betrug K 401.70. Mit dem Heu sind die Abnehmer sehr zufrieden. Ein kleiner Rest des bestellten Heues ist noch ausständig. Auch die 99 Meterzentner Kleie sind schon zur Verteilung gelangt.

— (Gendarmerie.) Der hiesige Gendarmerietitularmachtmeister Bochte hat seinen Posten verlassen und hat sich nach Graz begeben, um im Gericht zu praktizieren.

Rudolfswert. (Besitzwechsel.) Der Handelsmann Herr Georg Picet hat vom gewesenen Apotheker und Bürgermeister Simon Sladovič von Sladovički, der sich in Agram ansässig gemacht hat, das am Hauptplatz gelegene Haus samt Garten gekauft.

Saibach. (Todesfall.) Am 27. v. M. ist in Saibach Herr Josef Bichler, Bezirkssekretär i. R., nach langem Leiden im 77. Lebensjahre gestorben. Der nunmehr Verbliebene, der sich ob seiner Herzengüte allgemeiner Wertschätzung erfreute und seinen Amtspflichten mit vollem Eifer oblag, hatte vor Jahren bei den bestandenenden Bezirksämtern in Idria und Planina, dann bei den Bezirkshauptmannschaften Loitsch, Tschernembl und Gottschie gedient, worauf er gegen

18 Jahre beim krainischen Landesauschusse als Aushilfskonzeptbeamter in Verwendung stand. Er war Mitglied verschiedener Wohltätigkeitsvereine und gehörte u. a. dem Zentralauschusse des Vinzenzvereines als Mitglied an.

Genossenschaftswesen.

Gottschee. (Monatsabschluss.) Im Monate März d. J. betragen die Einnahmen der hiesigen Spar- und Darlehenskasse K 3250.50, die Ausgaben K 3525.24; Geldumsatz: K 6775.74. Eingezahlte Spareinlagen: K 2029; behobene Spareinlagen: K 2722; gegebene Darlehen: K 800; rückgezahlte: K 20. Laufende Rechnung mit dem Verbands: Erhalten: K 1200; abgesandt: — Gesamtzahl der Mitglieder: 30.

Nesselthal. (Ausweis für Feber und März.) Einnahmen K 5931.63, Ausgaben K 5813.77; Geldumsatz K 11745.40. Eingezahlte Spareinlagen 5681.13, ausbezahlte (behobene) K 2310; rückgezahlte Darlehen K 250; laufende Rechnung mit dem Verbands: abgesandt K 3500. Gesamtzahl der Mitglieder: 39.

Mitterdorf. (Monatsausweis.) Im Monate März d. J. betragen die Einnahmen: K 4502, Ausgaben: K 4404.37; Geldumsatz: K 8906.37; Spareinlagen: eingezahlte K 4267, ausbezahlte K 1379.13; in laufender Rechnung mit dem Verbands: abgesandt K 3000. Gesamtanzahl der Mitglieder: 59.

Briefkasten.

Gemeindeamt Mitterdorf. Ihre Berichtigung entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder deren Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Bote“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschee in Wien.

Sitz: I., Rauhensteingasse Nr. 5.

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinslokale „Zum roten Fagel“, I., Albrechtsplatz Nr. 2.

Haus- u. Weingarten- verkauf!

In Maierle bei Tschernembl an der Bezirksstraße, ist ein neues, geräumiges Wohnhaus mit Nebengebäude, großem, einträglichem Weingarten und zwei Äckern samt Pferd, Wagen und Schlitten wegen Übersiedlung zu verkaufen.

Auskünfte erteilt PETER KRAULAND in Gottschee.

Absolut garantiert echter Aleßwein.

Die landwirtschaftliche Genossenschaft in Wippach (Krain) ist für Lieferungen garantierter echter Aleßweine vom fürstbischöflichen Ordinariate in Laibach den Pfarrern wärmstens anempfohlen worden.

Weißer neue Weine von besonders gutem und mildem Geschmacke liefert dieselbe per 100 Liter zu 30—40 K.

Unter 36 Liter wird nicht abgegeben. Die Preise verstehen sich loco Bahnhstation Adelsberg oder — Saldenschaft 1 K billiger.

Besonders feine sortierte Weine als Riesling, Burgunder weiß Silvaner, Zelen und Karmine (schwarz) werden mit 45—55 K berechnet. Am Lager ist auch Weinessig und Treber-Branntwein usw.

Die Genossenschaft ist unter der strengsten Kontrolle des Pfarramtes in Wippach, so daß ein Betrug ausgeschlossen ist.

En gros wird billiger berechnet.

Die landwirtschaftliche Genossenschaft in Wippach (Krain).

Eine Keusche

gebaut aus Siegeln, mit einem großen Acker ist preiswürdig zu verkaufen. Anfragen sind zu richten an den Besitzer And. Sterbenz, Schalkendorf Nr. 89.

Mit „Keil-Lack“ streiche ich seit Jahren
Den Fußboden — denn das heißt sparen;
Und für Parketten reicht 'ne Büchse
Alljährlich von Keil's Bodenwische.
Waschtisch und Türen streich ich nur
Mit weißer Keil'scher Glasur.
Für Küchenmöbel wählt die Frau
Glasur in zartem lichten Blau.
Zwei Korbfauteuils, so will's die Mod',
Streich ich in Grün — den andern Rot.
Das Mädchen selbst gibt keine Ruh'
Mit Keil's Crème putzt sie nur die Schuh',
Und murmelt, weil ihr das gefällt:
„Der Haushalt, der ist wohl bestellt!“

Stets vorrätig bei:

Franz Loy in Gottschee.



EIN HAUS

in Obermösel

ist zu verkaufen.

Auskunft beim Eigentümer Rudolf Eisenzopf in Obermösel.

